

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist wirklich weit überschritten, die Stunde ist vorbei, ich gestatte jetzt keine Anfragen mehr. Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2 auf.

**Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales  
Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen MfS/AfNS  
(2. Lesung)  
(Drucksache Nr. 63 a)**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vertreter des Ausschusses für Arbeit und Soziales, der Abgeordnete Herr Thomas Brick.

**Dr. Brick, Berichterstatter des Ausschusses für Arbeit und Soziales:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales vom 20.6. im Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen MfS/AfNS, Drucksache Nr. 63 a, vor. Als Berichterstatter möchte ich an dieser Stelle nicht den Versuch der Auflistung der Vergehen dieses Ministeriums unternehmen und yimit eine sicherlich kaum abschließbare Aussprache einleiten.

Wir alle wissen um die dringenden Probleme der Gegenwart und wären froh, wenn sich die Vergangenheitsbewältigung in einem fortgeschrittenerem Stadium befände. Es ist aber zu erwarten, daß wir auch zukünftig immer wieder mit der Vergangenheit konfrontiert werden.

Unsere Bevölkerung äußert mit Recht ihren Unmut darüber, daß bis zum heutigen Tag die noch bestehende Versorgungsordnung des ehemaligen MfS nicht aufgehoben ist. Dieses wird, wenn sie dem Gesetz Ihre Zustimmung geben, heute nun endlich geschehen.

Die demokratischen Kräfte unseres Landes traten ihren Weg in die politische Verantwortung an, um Recht zu schaffen, nicht Rache zu üben. Von diesem Grundsatz ließen sich auch die Ausschußmitglieder leiten.

Mit dem vorliegenden Gesetz wird das Ziel verfolgt, den Rentnern nach der Versorgungsordnung des MfS keine ungerechtfertigt wesentlichen günstigeren Startbedingungen für die Zeit nach der Währungsunion einzuräumen als im zivilen Bereich. Es wird also vorerst keine Renten über 1000 DM für ehemalige Mitarbeiter des MfS geben, wie Sie aus der Neufassung des §2 ersehen können. Spätere Rentenanpassungen für alle Rentner nehmen auch die ehemaligen Mitarbeiter des MfS nicht aus, siehe § 4 Absatz 3.

Für einen Teil der Rentner nach der Versorgungsordnung des MfS bedeutet dies zwar zunächst Einbuße an ihrem Einkommen. Dennoch hoffen wir, daß auch in diesem Personenkreis Einsicht und Zustimmung zur politischen Wende wachsen werden.

Ich möchte Ihnen nicht verschweigen, daß nach Beschlußfassung durch den Ausschuß für Arbeit und Soziales eine Zuarbeit eines weiteren Ausschusses einging, in der ein wesentlich geringerer Höchstbetrag genannt wurde.

Diese Zuarbeit konnte allerdings nicht mehr Berücksichtigung finden.

Mehrheitlich empfiehlt der Ausschuß Arbeit und Soziales das vorliegende Gesetz zur Annahme. Danke.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Dr. Brick. Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor.

Wir kommen gemäß der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zur Beschlußfassung. Wer dem Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen MfS/AfNS in der Fassung der Drucksache Nr. 63 a seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Fünf Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Sieben Stimmenthaltungen. Damit ist dieses Gesetz mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3:

**Erklärung der Vorsitzenden des Ausschusses für Handel und Tourismus zur Absicherung der Schulspeisung in den Monaten Juli und August 1990  
(Drucksache Nr. 109).**

Hier hat die Frau Minister Reider um das Wort gebeten.

**Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Schülerspeisung sind 23 000 Mitarbeiter beschäftigt. Beteiligt sind - ich möchte das voranstellen, das sind sehr interessante Zahlen - 1700 Einrichtungen der Volksbildung, 1500 Einrichtungen des Handels, darunter 500 Gaststätten und 50 kommunale Küchen, 97 Küchen der örtlichen Versorgungswirtschaft und - ein sehr großer Anteil - 1100 Werk- und LPG-Küchen. Damit sichern wir die Schülerspeisung, die ich als soziale Errungenschaft betrachte.

Anlaß meiner Erklärung ist, daß eine Unruhe aufgekommen ist, daß die Schülerspeisung für die Ferienmonate Juli und August im Rahmen der Ferienspiele nicht abgesichert wäre. Ich kann hier an dieser Stelle versichern, daß die Einrichtungen des Handels, die bisher Schülerspeisung durchgeführt haben, diese auch weiterhin durchführen werden. Verantwortlich dafür sind die Städte und Gemeinden. Es liegt also in kommunaler Hand, sich mit den Einrichtungen noch einmal - Sie haben hier an meiner Aufstellung gesehen, daß es verschiedene Verantwortungsbereiche gibt - kurzzuschließen. Grundsätzlich ist die Versorgung in den Ferienspielen abgesichert. Auch die Regierungsbevollmächtigten in den Bezirken sind entsprechend informiert worden, sich dieser Sache anzunehmen. Niemand braucht also Angst zu haben, daß die Kinder nicht versorgt werden.

Diese Erklärung wollte ich abgeben. Wir haben also an unsere Einrichtungen die entsprechende Weisung gegeben. Die Regierungsbevollmächtigten kontrollieren, so daß ich hier keinerlei Probleme sehe.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Frau Minister. Gestatten Sie eine Anfrage?

**Frau Förtsch (PDS):**

Ich sprengte damit den Rahmen dieser Tagesordnung und bin mir dessen auch bewußt. Ich möchte trotzdem fragen, wie nach dem 1.9. die Schülerspeisung gesichert ist. Bekanntlich werden die Gaststätten als GmbH gegründet oder sind es schon, und damit ist natürlich die räumliche Unterbringung und auch die Versorgung mit Mittagessen von dieser Seite her sehr in Frage gestellt.

**Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:**

Auch hierzu sind Konzeptionen erarbeitet worden. Es wird im Moment noch darüber beraten, wobei ich sagen muß, daß die Umbildung zu einer GmbH ja in keiner Weise die Schülerspeisung ausschließt. Es müßte eventuell geprüft werden, inwieweit diese Einrichtungen kochen und es dann in den Schulen ausgeliefert wird.

Sicherlich gibt es Einzelfälle, wo man im Moment auf Schwierigkeiten stößt.